

**Antrag 17/I/2020****Jusos LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Servicegesellschaften abschaffen – Tarifbindung stärken!**

1 Immer mehr Unternehmen nutzen die Möglichkeit der  
 2 Ausgründung von Dienstleistungen und Personalkosten.  
 3 Ziel ist die Reduktion von Kosten und eine Flexibilisierung  
 4 des Personaleinsatzes.

5  
 6 Im Krankenhausbereich setzte durch den steigenden Kos-  
 7 tendruck bereits in den 80er Jahren eine massive Aus-  
 8 gliederungswelle ein. Durch die Fremdvergabe bestimm-  
 9 ter Leistungen konnten bereits Kosten gesenkt werden.  
 10 Um auch noch die Umsatzsteuer einzusparen, gibt es die  
 11 Möglichkeit der Gründung einer Servicegesellschaft un-  
 12 ter der Voraussetzung einer umsatzsteuerlichen Organ-  
 13 schaft i. S. d. § 2 Abs. 2 Nr. 2 UStG. Das heißt vereinfacht,  
 14 dass der\*die Träger\*in in finanzieller, organisatorischer  
 15 und wirtschaftlicher Form an der Servicegesellschaft be-  
 16 teiligt ist, also in gewisser Weise einen Unternehmens-  
 17 zweig gründet.

18  
 19 Durch die Ausgliederung von bestimmten Dienstleistun-  
 20 gen in Tochterunternehmen oder Servicegesellschaften  
 21 kann die Tarifbindung des Ursprungsunternehmens um-  
 22 gangen werden. Damit verschlechtern sich meistens die  
 23 Arbeitsbedingungen der Beschäftigten. Zum einen be-  
 24 steht für die Träger\*innen Spielraum bei der Befristung  
 25 von Verträgen. Beschäftigte in Servicegesellschaften ha-  
 26 ben häufig befristete Verträge und werden am Ende der  
 27 Befristung gekündigt. Sie arbeiten zu deutlich niedrige-  
 28 ren Löhnen als Beschäftigte im Hauptbetrieb. Auch bei Ur-  
 29 laub, Weihnachtsgeld und Schichtzulagen kann das Un-  
 30 ternehmen in Servicegesellschaften Geld sparen. Dadurch  
 31 entsteht zwischen Beschäftigten, die innerhalb eines Be-  
 32 triebes zu unterschiedlichen Bedingungen arbeiten, Frust  
 33 und Entfremdung. Das erschwert auch eine Organisation  
 34 von Arbeitnehmer\*innen in Gewerkschaften.

35  
 36 Die SPD hat in Berlin bereits die Rückführung der Service-  
 37 gesellschaften von Charité, Vivantes und BVG beschlos-  
 38 sen. Doch in Berlin arbeiten noch viele Arbeitnehmer\*in-  
 39 nen unter prekären Bedingungen in Servicegesellschaften  
 40 von Stiftungen, Krankenhäusern, Altenheimen und ande-  
 41 ren Unternehmensformen.

42  
 43 Wir fordern daher:  
 44 • Verbot der Ausgründung von Dienstleistungen in  
 45 Servicegesellschaften  
 46 • Abschaffung der steuerlichen Anreize zur Ausgrün-  
 47 dung von Dienstleistungen in Servicegesellschaften  
 48 (Umsatzsteuer)

**Empfehlung der Antragskommission****Erledigt (Konsens)****LPT I-2020 - Überweisen an AfA, FA VII - Wirtschaft und Arbeit****LPT II/2021 - vertagt****Stellungnahme FA VII - Wirtschaft und Arbeit:**

Hierzu schlägt der FA VII die Zusammenführung zu einem gemeinsamen Antrag der Antragstellenden und FA VII vor. Ziel: Leitantrag für II/2021 oder I/2022

**Wir bitten die Antragskommission, die Überweisung aufrecht zu erhalten.**

- 49 • Stärkung der Tarifbindung durch die Einführung der
- 50 unternehmerischen Einheit zwischen Mutterunter-
- 51 nehmen und Ausgründungen
- 52 • Rückführung von allen Servicegesellschaften kom-
- 53 munalen Unternehmen und Gesellschaften unter
- 54 Berücksichtigung der Erfahrungsstufen der Beschäf-
- 55 tigten bei Lohnverhandlungen und einer Arbeits-
- 56 platzgarantie für alle bisher bei den Servicegesell-
- 57 schaften beschäftigten
- 58